

Hans Herbert von Arnim, Vom schönen Schein der Demokratie

Hans Herbert von Arnim, *Vom schönen Schein der Demokratie*.
Politik ohne Verantwortung am Volk vorbei. Droemer Verlag,
München 2000. 391 Seiten, DM 44,90.

Mit seinem neuen Buch, das vor allem ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr direkte Demokratie ist, setzt von Arnim die kritische Auseinandersetzung mit dem Politik- und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland fort.

von Arnim verweist im ersten Teil („Politik ohne Verantwortung – Regieren am Volk vorbei“) als Maßstab für die Leistungsfähigkeit des politischen Systems auf die so genannte Lincoln'sche Formel, wonach Demokratie „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“ sein soll (i.e. Selbstentscheidung des Volkes und inhaltliche Richtigkeit der Entscheidung), und stellt im Ergebnis fest: Dringende Sachprobleme würden hierzulande nicht oder nicht angemessen gelöst („Repräsentationsdefizit“); der Bürger sei „nur nominell Herr und Souverän in unserer Demokratie“, besitze in Wahrheit aber kaum Einfluss (Partizipationsdefizit). Als maßgebliche Ursache sieht von Arnim die Eigeninteressen der politischen Akteure (Macht- und Versorgungsinteressen), die bei Übereinstimmung zu „Kartellierungstendenzen“ führten. Der Wähler werde so entmachtet und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit geschwächt.

Im zweiten Teil („Aus Scheu vor der Verantwortung: Fortschreitende Selbstauflösung der Bundesländer“) prüft der Autor am Beispiel der Institutionen des „bundesrepublikanischen Föderalismus“, inwieweit die derzeitige Organisation und die „Spielregeln“ der politischen Willensbildung heute noch stimmig sind. Seine Bilanz ist „durch und durch negativ“. Die Länderkompetenzen seien im Austausch gegen Zustimmungsvorbehalte bei der Bundesgesetzgebung auch im Interesse der Landesregierungen (vermehrter Einfluss auf Bundesebene) zugunsten des Bundes ausgehöhlt worden. Bei den verbliebenen Landeskompetenzen sei eine „verschwiegene Zentralisierung gigantischen Ausmaßes im Gang“ (so z.B. die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder). Die Zentralisierung verberge politische Fehlleistungen auf Landesebene und entspreche daher dem Wunsch der „politischen Klasse“, die Verantwortung für ihr Handeln abzustreifen. Die Bundesländer seien derart entmachtet, dass ihr Staatscharakter in Frage stehe. Die Länder hätten sich zu Pfründen für die „politische Klasse“ entwickelt, auf deren Eigeninteressen – wiederum – die bisherigen Fehlentwicklungen beruhten. Als Gegenmittel empfiehlt von Arnim u.a. eine „Verfassungsreform auf Landesebene mit dem Ziel, die Handlungsfähigkeit und Bürgernähe der Politik institutionell zu verbessern“ (so vor allem: unmittelbare Volkswahl des Ministerpräsidenten, Verbesserung der Auswahl der Abgeordneten durch die Wähler, Schaffung eines Teilzeitparlaments, statt Vollalimention der Landtagsabgeordneten „Zahlung einer wirklichen Entschädigung“). Daneben spricht sich von Arnim unter Hinweis auf einen Vorschlag Hans-Horst Giesings dafür aus, das Ressortprinzip auf Landesebene zu beseitigen und stattdessen die jeweiligen Aufgaben einfachen Landesämtern mit vom Ministerpräsidenten zu ernennenden Amtsvorständen (politische Beamte) zu übertragen.

Kern des dritten Teils („Regieren ohne Kontrolle – Wie die Bürger von der Macht ferngehalten werden“) ist die aus einer Analyse der in den Bundesländern bestehenden einschlägigen Bestimmungen gewonnene These: Das Volksbegehren und der Volksentscheid auf Landesebene sowie das Bürgerbegehren und der Bürgerbescheid auf gemeindlicher Ebene seien so geregelt, dass sie direktdemokratische Sachentscheidungen des Volkes in der Praxis nicht wirklich ermöglichen, sondern umgekehrt eher verhindern, wobei übrigens die bayerischen Regelungen als am bürgerfreundlichsten und insgesamt am großzügigsten angesehen werden. Der dritte Teil endet mit der Empfehlung: „Mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen“; deren mögliche Gegenstände sollten zudem ausgeweitet werden (insbesondere auch auf Finanz- und Abgabeneentscheidungen) und die Verfahrensregelungen u.a. durch Senkung von Quoren erleichtert werden.

von Arnim will eine breite Leserschaft ansprechen und verzichtet deshalb auf die in wissenschaftlichen Abhandlungen übliche (sprachliche) Zurückhaltung. Unabhängig davon werden die – hier nur ausgewählt wiedergegebenen – Thesen mit einer Vielzahl von Belegen abgestützt, so dass sich das Buch als Grundlage für eine vertiefte Diskussion um Notwendigkeit und Inhalt von politischen Reformen empfiehlt.

Jürgen Wünschmann, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof